

US-Parlament verhindert Shutdown: Übergangshaushalt beschlossen!

US-Parlament genehmigt Übergangshaushalt, um Shutdown zu vermeiden. Demokratische Senatoren stimmen widerwillig zu.

USA - Der drohende Stillstand der US-Regierung konnte abgewendet werden, nachdem das Parlament einen Übergangshaushalt beschlossen hat. Diese Maßnahme ermöglicht es, die Regierungsgeschäfte bis Ende September aufrechtzuerhalten, dem Ende des laufenden Haushaltsjahres. Der Budget-Entwurf der Republikaner fand sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat Zustimmung, obwohl im Vorfeld Widerstand von einigen Seiten, insbesondere der Demokraten, zu erwarten war. Ohne diese Zustimmung wäre ein „Shutdown“ eingetreten, der zu einem Auszahlungstopp aller Bundesausgaben geführt hätte, was insbesondere Haushalte und staatliche Einrichtungen stark betroffen hätte, während Hunderttausende Staatsbedienstete unbezahlt hätten zu Hause bleiben müssen oder ohne Gehalt weitergearbeitet hätten.

Der Übergangshaushalt wurde in einer spannenden Abstimmung verabschiedet. Zehn Demokraten stimmten für den Etatentwurf, während ein republikanischer Senator dagegen war. Chuck Schumer, der ranghöchste Demokrat im Senat, änderte seine Haltung kurz vor der Abstimmung. Zuvor hatte er Widerstand gegen den Haushaltsentwurf angekündigt, doch argumentierte letztendlich, ein „Shutdown“ würde Präsident Donald Trump und seinen Vertrauten, Elon Musk, in die Hände spielen. Schumer betonte, dass ein Stillstand vor allem Familien im Land schaden würde. Es gab innerhalb der Demokraten Uneinigkeit über die

beste Strategie, was den Druck auf Schumer erhöhte, eine Einigung zu finden.

Politische Auseinandersetzungen im US-Parlament

Die Auseinandersetzungen um den Haushalt sind in den USA häufig von politischen Spannungen geprägt und enden oft in letzter Minute. Im Senat haben die Republikaner derzeit 53 von 100 Sitzen, benötigen jedoch mindestens 60 Stimmen, um die meisten Gesetzentwürfe durchzubringen. Die Notwendigkeit von Stimmen aus der Opposition, in diesem Fall von den Demokraten, macht den Prozess kompliziert. Schumer hatte zuvor angekündigt, dass die Demokraten sich einig seien, den Republikaner-Haushaltsentwurf abzulehnen, brachte aber auch einen eigenen Vorschlag für eine 30-tägige Haushaltslösung ins Gespräch. Dies unterstreicht die möglicherweise schwierige Verhandlungslandschaft, die bevorsteht.

In den ersten Wochen seiner Amtszeit hat Trump bereits zahlreiche Mitarbeiter entlassen und plant umfassende Änderungen im Staatsapparat, einschließlich der Streichung von Entwicklungshilfe und der Abschaffung des Bildungsministeriums. Diese radikalen Ansätze führen unter den Demokraten zu verschiedenen Strategien zur Bekämpfung von Trumps Politik. Einige sehen in einer Blockade des Haushalts ein Mittel des Widerstands, während andere aus Angst vor negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung eine andere Herangehensweise bevorzugen.

Ein Ausblick auf kommende Herausforderungen

Die Republikaner planen, den Übergangshaushalt bis Mitte September aufrechtzuerhalten. Die Verhandlungen über den regulären Haushalt werden jedoch als schwierig eingeschätzt, da die Republikaner radikale Kürzungen fordern. Das aktuelle

Ergebnis zeigt, dass die Demokraten im Senat in ihrer Ablehnung des Überbrückungshaushalts weniger einig sind, da einige fürchten, dass ihrer Partei die Schuld an einem Shutdown zugeschrieben werden könnte. Die Parteibasis fordert von ihren Abgeordneten ein entschiedeneres Auftreten gegen die Republikaner. Die kommenden Wochen werden zeigen, wie sich die politischen Fronten weiterentwickeln werden, während der Druck, zu einer stabilen Lösung zu gelangen, zunehmen wird.

Die jüngsten Ereignisse verdeutlichen die fragilen Verhältnisse im US-Parlament und die Herausforderungen, mit denen die Macken der Haushaltsverhandlungen konfrontiert sind. Wie **Merkur** berichtet, standen die Demokraten vor der Wahl, ob sie ihre Prinzipien über die Notwendigkeit, die grundlegenden Regierungsfunktionen aufrechtzuerhalten, stellen wollen. In diesem Kontext wird die Rolle von Chuck Schumer und der gesamten demokratischen Fraktion im Senat weiterhin kritisch beobachtet werden.

Bei weiteren Entwicklungen wird auf **Tagesspiegel** und **Süddeutsche** verwiesen, die regelmäßig über die Situation im US-Parlament berichten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.merkur.de• www.tagesspiegel.de• www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de